

Zustimmung mit Stirnerunzeln: JA zum Neubau der Tagesschule Wohlen

Der Neubau der Tagesschule Wohlen ist unbestritten. Die Neuauflage des bereits beschlossenen Projekts wirft jedoch Fragen auf.

Am 4. Dezember 2018 beschloss die Gemeindeversammlung den Kredit von 1,5 Mio für einen Neubau der Tagesschule Wohlen. Die FDP Wohlen hat damals dem Projekt einstimmig zugestimmt. Und sie tut das auch für das neu aufgelegte Vorhaben, zusammen mit der notwendigen Anpassung der Zonenvorschriften.

Warum eine Neuauflage des Projekts?

Im Frühjahr 2019 – kurz nach dem Beschluss der Gemeindeversammlung – wurde bekannt, dass die Planungsgrundlagen für das Projekt Makulatur sind, der geplante Neubau zu klein. Der Gemeinderat beschloss die Neubeurteilung des Projekts. Wir sind durchaus der Auffassung, dass kommunale Infrastruktur nicht auf Vorrat realisiert werden soll. Aber im Nachhinein beurteilt waren die für das Projekt präsentierten Planungsannahmen schwach. Der aktuellen Botschaft entnehmen wir weiter, dass damals lediglich ein Vorprojekt mit einer Kostenschätzung erarbeitet wurde – rückblickend absolut ungenügend für ein wichtiges Vorhaben.

Genügt die erweiterte Variante Neubau?

Nach dieser Erfahrung sei die Frage erlaubt, ob das überarbeitete Projekt nun den künftigen Anforderungen genügt. In Ermangelung konkreter Zahlen können wir nur eine warnende Frage in die Runde werfen und erwarten, dass das zuständige Departement an der Gemeindeversammlung dazu Red und Antwort steht. Die Botschaft verspricht, dass «mit dem geplanten Neubau nun auch Raum für eine allfällig weitere Zunahme der Schülerinnen und Schüler zur Verfügung steht.» Wieviel? Bis wann?

Es ist nicht das erste Mal, dass mangelnde Planungsgrundlagen zu einer Neubeurteilung eines Projekts im Departement LLF geführt haben. Im Dezember 2016 beschloss die Gemeindeversammlung die Sanierung der Turnhalle Murzelen. Schon ein Jahr später beantragte das Departement einen Zusatzkredit für die sogenannte Eingangsoptimierung. Dies mit der Begründung, dass sich unerwartete Mehrkosten ergeben würden. Was so

nicht korrekt war, da es sich dabei um eine zusätzliche Optimierung handelte, nicht um Kostensteigerungen im Rahmen des beschlossenen Projektes.

Das Departement LLF ist gefordert

In Anbetracht der anstehenden Sanierungen / Neubauten von Schulanlagen stellen sich die vorhin besprochenen Vorhaben fast als Peanuts dar. Bei diesen Projekten sprechen wir von Investitionen in zweistelligen Millionenbeträgen und Realisierungsphasen von mehreren Jahren, von komplexen Abhängigkeiten zwischen Sanierung / Erneuerung und der Sicherstellung des laufenden Betriebs. Wenn relativ einfache Projekte zwei Anläufe erfordern, dann stellen sich für uns schon Fragen zu zweckmässigem Vorgehen, der Erarbeitung von stabilen Planungsgrundlagen und zuverlässigen Kostenschätzungen. Das Departement LLF geht anforderungsreichen Zeiten entgegen.

Der Rechnungsabschluss mahnt zur Vorsicht

Rechnung 2019: Steuererträge unter den Erwartungen und stagnierend, höhere Ausgaben für Sozialhilfe und Finanzausgleich. Wenig Grund für überschäumenden Optimismus.

Vor einem Jahr standen die Zeichen auf wirtschaftliche Prosperität und eine fortgesetzte Erholung der Steuereingänge. Dies hätte eigentlich zu einem besser als budgetierten Rechnungsergebnis führen sollen. Das Gegenteil ist der Fall. Zwar ist das Defizit im allgemeinen Haushalt gegenüber dem Gesamtbudget im niedrigen Prozentbereich. Und dank dem erfolgreichen Jahr 2018 beträgt der Bilanzüberschuss zusammen mit der finanzpolitischen Reserve immer noch über 7 Mio. Das Fremdkapital ist dank Finanzierung aus eigenen Mitteln stabil und belastet angesichts von Negativzinsen die laufende Rechnung nicht. Aber die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen, die Haupteinnahmequelle der Gemeinde, stagnieren auf etwas tieferem Niveau.

Gouverner c'est prévoir

Ohne in Pessimismus zu verfallen, mahnen wir trotzdem zu Vorsicht. Einige Warnsignale dürften sich durch den wirtschaftlichen Schock des laufenden Jahres noch akzentuieren. Der Kanton hat

schon für das laufende Jahr die Steuerprognose reduziert. Die Kosten der individuellen Sozialhilfe haben nach einem markanten Anstieg um 18% im Jahr zuvor erneut zugenommen, dies trotz guter Wirtschaftslage. Dieser Trend dürfte sich in diesem Jahr fortsetzen.

Es ist zu erwarten, dass die Steuereingänge den Wachstumspfad verlassen. In Wohlen zwar nicht so deutlich wie in den Städten und wirtschaftlichen Ballungszentren, da die Gewinnsteuern der juristischen Personen in unserer Gemeinde wenig ins Gewicht fallen, und wir von der Altersstruktur her den Bonus von relativ stabilen Steuererträgen der älteren Generation geniessen.

2021 muss restriktiv budgetiert werden

Auf Grund der wirtschaftlichen Kontraktion muss das Budget 2021 äusserst restriktiv gestaltet werden. Für Wunschbedarf ist kein Platz vorhanden. Nicht angezeigt ist jedoch aus unserer Sicht der verstärkte Griff ins Portemonnaie der Steuerzah-

Parolenspiegel

Gemeindeversammlung 18. August 2020



JA

zur Jahresrechnung 2019



JA

zur Änderung in der Zone öffentliche Nutzung des Schulareals Wohlen



JA

zur Erweiterten Variante Neubau Tagesschule Wohlen



JA

zum Wärmeverbund Hinterkappelen; Ausbau Ost; Überbauungsordnung (ÜO)



JA

zum Ersatz Wasserversorgungsleitung und Belagssanierung, Lochholz bis Einschlag, Murzelen

www.fdp-wohlen.ch

ler. Dieser erfolgt ohnehin schon durch die Anpassung der amtlichen Werte der Liegenschaften.

Keine Experimente in diesen Zeiten - Nein zur Kündigungsinitiative

Die Wirtschaft stockt, die Schweiz steht vor einer Rezession. Wird im kommenden Herbst die Kündigungsinitiative angenommen, wird es noch schlimmer kommen. Denn die ausgezeichneten Handelsbeziehungen mit der europäischen Union würden schwer beschädigt – dauerhaft und selbstverschuldet.



Damian Müller,
Ständerat Luzern
www.fdp.ch

Dass uns die Corona-Krise getroffen hat, ist schlimm genug. Neben der Verletzlichkeit unserer Welt zeigt uns die Pandemie aber auch, wie sehr die einzelnen Länder und ihre Volkswirtschaften miteinander verbunden sind. Da macht die Schweiz keine Ausnahme, auch wenn ihre Volkswirtschaft ausserordentlich leistungsfähig ist.

Die Schweiz lebt massgeblich vom Aussenhandel, mit dem sie zwei von fünf Franken verdient. Dabei geht mehr als die Hälfte unserer Exporte in die Länder der EU, vor allem in die Grenzregionen zur Schweiz. Entsprechend hängt unser Wohlstand von stabilen Brücken zu unseren Nachbarn ab. Diese garantieren uns auch den Zugang zu den europäischen Forschungsprogrammen, von denen ganz direkt unsere Hochschulen als Motoren der Innovation profitieren. Zudem ermöglichen sie uns Zugang zu Fachwissen, das in unserem Land fehlt. Grundlage für all das sind die bilateralen Verträge. Diese tragen damit wesentlich zu unserem Wohlstand bei und dazu, dass wir uns einen gut ausgebauten Sozialstaat leisten können.

Brücken würden abgerissen

Genau dieser Wohlstand steht auf dem Spiel, wenn wir im Herbst über die Begrenzungsinitiative der SVP abstimmen. Denn in Tat und Wahrheit ist sie eine Kündigungsinitiative, welche die bewährten Brücken einreissst. Vordergründig verlangt sie

vom Bundesrat, einen neuen Zuwanderungsvertrag auszuhandeln. Sollte innerhalb von 12 Monaten mit der EU kein Ergebnis vorliegen, muss die Personenfreizügigkeit gekündigt werden. Abgesehen davon, dass bei einer solch kurzen Verhandlungsfrist die Schweiz – besonders als Bittstellerin – stark unter Druck gesetzt werden kann, wird die Zeit kaum reichen, überhaupt zu einem Resultat zu kommen. Wegen der sogenannten Guillotineklauseel würden alle bilateralen Verträge hinfällig. Kurz, die Kündigungsinitiative ist absolut wirtschafts- und innovationsfeindlich. Und sie gefährdet unseren Wohlstand.

Die Initiative ist verantwortungslos

Wenn wir also die bewährten Brücken zu Handel, Forschung und Lehre einreissen, kann dies auch nicht mit intensiveren Beziehungen zu anderen Wirtschaftspartnern in anderen Weltregionen wettgemacht werden. Allein die längeren Wege bilden grosse Hindernisse, insbesondere für unsere kleineren und mittleren Betriebe. Zudem würde die Schweiz den Zugang zum Forschungsabkommen der EU verlieren und so unsere herausragende Stellung als Innovationsstandort aufs Spiel setzen. Dauerhaft und selbstverschuldet. Fahrlässig und ohne Not. Und anders als bei Corona, wo der Bundesrat die drastischen Massnahmen lockern kann, wäre der Schaden nicht einfach per Dekret zu beheben. Es ist deshalb verantwortungslos von der SVP, die Schweiz zu zwingen, ein gutes Vertragswerk aufzugeben, während unsere Wirtschaft und Forschung mit vielen anderen Unsicherheiten zu kämpfen haben – insbesondere vor dem Hintergrund der Rezession, die auf uns zukommen wird. Auf dieses halbrecherische Experiment darf sich die Schweiz nicht einlassen. Gerade jetzt müssen wir zusammenstehen, als Land, als Volk, als liberal und fortschrittlich denkende Menschen. Reissen wir keine Brücken ab. **Sagen wir am 27. September Nein zur Kündigungsinitiative.**

AHV-Renten der Zukunft sichern

Die Renteninitiative der Jungfreisinnigen will Rentenalter 66 für alle und später eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung.

Die Altersvorsorge ist laut Umfragen das Sorgensthema Nr. 1 der Schweizer Bevölkerung. Die erste Säule ist seit längerem defizitär. Im Jahre 2018 betrug das Umlagedefizit 1,039 Milliarden Franken (Quelle BSV). Geht es so weiter, wird der AHV-Fonds in vierzehn Jahren leer sein. Die bisherigen Reformversuche sind an der Urne klar gescheitert.

Mit ihrer Renteninitiative lancieren die Jungfreisinnigen die längst fällige Diskussion darüber, wie das Rentenalter an klare Kriterien gebunden werden kann. Eines dieser Kriterien ist die Lebenserwartung. Längst haben europäische Länder begonnen, das Rentenalter schrittweise zu erhöhen – in Ländern wie Dänemark, Finnland, Italien, Portugal, Grossbritannien und den Niederlanden sind die Erhöhungsschritte an die Lebenserwartung gekoppelt (Quelle NZZ 30.09.2017). Ein vollständiger Anachronismus in der Schweiz ist das ungleiche Rentenalter von Mann und Frau – dies gehört angeglichen.

Deshalb unterstütze ich die Renteninitiative der Jungfreisinnigen:

Im Jahr 2019 kamen noch 3.4 Erwerbstätige auf einen Rentner, 2050 werden ohne Reform zwei Erwerbstätige für einen Rentner aufkommen müssen. Um die AHV nachhaltig ins Gleichgewicht zu bringen bedarf es einer strukturellen Reform. Die Koppelung an die steigende Lebenserwartung ist aus meiner Sicht die einzig vernünftige Lösung. Die Initiative zwingt die politischen Akteure dazu, endlich eine Reform zu gestalten, welche sich an der demographischen Realität orientiert.

Christian Lauterburg, Uettiligen
Redaktor und Vorstandsmitglied FDP Wohlten

JETZT UNTERSCHREIBEN!

Lesen Sie mehr dazu im «Schweizer Freisinn» Nr. 1/2020 auf www.fdp.ch und auf <https://renten-sichern.ch/>. Und unterstützen Sie diese wichtige Debatte mit Ihrer Unterschrift auf dem Initiativbogen, den Sie auf renten-sichern.ch herunterladen können.

NEIN zur radikalen Kündigungsinitiative